



*Bundesweite Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen* Bildquelle: Screenshot youtube

## **Das deutsche Watergate ...**

### **... oder der größte Skandal seit dem Bestehen der Bundesrepublik**

**Seit dem Wochenende 9./10. Mai 2020 macht ein Papier aus dem Bundesinnenministerium die Runde in Deutschland und bestätigt die Zweifel vieler Bundesbürger. Ein hoher Beamter des Ministeriums schrieb eine Analyse, die der „chinesischen Schnupfen-Politik“ (Corona) des Bundes ein vernichtendes Zeugnis ausstellt.**

Wer bisher schon erhebliche Zweifel an der „chinesischen Schnupfen-Politik“ von Bund und Ländern hatte, darf sich seit dem Wochenende auch offiziell bestätigt fühlen. Eine aus dem Bundesinnenministerium stammende Analyse attestiert den Verantwortlichen schwerwiegende Fehleinschätzungen und Entscheidungen, deren Schaden jetzt bereits weitaus größer ist als ihr Nutzen. Dass das Bundesinnenministerium das Papier zurückgewiesen und den Autor sanktioniert hat, wirft weitere Fragen auf. In den Sozialen Medien äußern Bürger ihre Besorgnis, dass die Politik kritischen Stimmen einen Maulkorb erteilt.

### **Was steht in dem Papier?**

Genau genommen gibt es zwei: eine 93-seitige Kurzfassung sowie eine 192 Seiten umfassende Langfassung. Diese umfasst neben Analysen des Mitarbeiters auch Mailverkehr mit Kollegen und Vorgesetzten. Der Autor bezeichnet das Papier selbst als interne Analyse und spricht von einem „Vorgriff auf eine nach der Krise zu unternehmende Evaluation (...) des Krisenmanagements“ - um dann sehr konkrete Appelle an die Politik zu formulieren: „Die staatlich angeordneten Schutzmaßnahmen“ hätten „inzwischen jeden Sinn verloren“, schreibt der Autor. „Es wird dringend empfohlen, sie kurzfristig vollständig aufzuheben.“

## Stephan Kohn

Der Autor Stephan Kohn arbeitet im Referat KM4 des Bundesinnenministeriums und leitet dort das Projekt „Erneuerung der nationalen kritischen Infrastruktur-Strategie Deutschlands“ im Ministerium. Gemäß Organigramm stehen zwischen Kohn und Ressortchef Horst Seehofer der Leiter der Abteilung KM und ein Staatssekretär.

### Pressemeldung vom 14.5.2020

**Horst Seehofer: „Ich kenne den Mitarbeiter nicht näher“, sagte der CSU-Politiker.**

Stephan Kohn hat Politologie und Verwaltungswissenschaften studiert. Vor seiner Zeit im Ministerium arbeitete er als Persönlicher Referent eines Berliner Bezirksbürgermeisters. 2018 wollte er kurz SPD-Chef werden und versuchte, während des SPD-Bundesparteitages, eine Kandidatur um den Parteivorsitz gegen Andrea Nahles auf die Beine zu stellen. Im Bundesinnenministerium hat er sich zuvor unter anderem mit den Themen Verwaltungsmodernisierung, Visumpolitik und Dienstrecht befasst.

### Die Erstellung des Papiers

10 Ärzte und Wissenschaftler haben sich an der Erstellung des Papiers beteiligt. In einer ersten Mail zeigen sie sich verwundert über die Reaktion des Ministeriums. Sie bezeichnen Kohn als „couragierten“ und „engagierten“ Mitarbeiter und den Bericht eine „wichtige Einschätzung auf dem Boden umfassender fachlicher Expertise“. Zu den Ärzten und Wissenschaftlern gehören der Mikrobiologe **Sucharit Bhakdi**, die Kieler Dermatologin **Karina Reiss**, der Soziologe **Gunnar Heinsohn**, der Toxikologe **Stefan W. Hockertz**, der Pathologe **Peter Schirmacher**, der Wiener Mediziner **Andreas Sönnichsen**, der Psychologe **Harald Walach**, **Gunter Frank** und **Til Uebel**, Mitverfasser des „Appells deutscher Ärzte“. Die Unterzeichner appellierten bereits Mitte April an die Bundesregierung, die Beschränkungen zu lockern und bei der wissenschaftlichen Begleitung der Pandemie nachzusteuern.

### **„Der Kollateralschaden ist schon höher als der erkennbare Nutzen.“**

Zusammengefasst hält Stephan Kohn die Gefahreneinschätzung für übertrieben, die Maßnahmen für überzogen, die Entscheidungsgrundlage für unzureichend und irreführend. „Der Kollateralschaden ist inzwischen höher als der erkennbare Nutzen“, schreibt er. Die Bundesbehörden seien ungenügend vorbereitet gewesen und hätten auch deshalb falsch reagiert und die Politik schlecht beraten. Zudem höre die Bundesregierung auf zu wenige und einseitige Experten. In einer Pandemielage müssten zuständige Behörden entscheiden, nicht die Politik. Kohn befürchtet, dass es der Politik am Ende mehr um Selbsterhalt als um den Bevölkerungsschutz gehe und es ihr deshalb wichtiger sein könnte, die bisherige Politik zu rechtfertigen, als das Richtige zu tun.

### Die Maßnahmen der Bundesregierung sind nicht gerechtfertigt

Stephan Kohn ist überzeugt, dass die Zahl der Toten und anderer Geschädigter durch die getroffenen Maßnahmen um ein Vielfaches größer ist als die Zahl potenziell durch das Virus Getöteter. Rund 2,5 Millionen im März und April verschobene Operationen würden allein zu 5.000 bis 125.000 vorzeitigen Toten führen. Tausende Menschen würden durch unterbrochene Behandlungen sterben. Es drohten zusätzliche Suizide sowie Opfer von

häuslicher Gewalt und Missbrauch innerhalb der Familie. Zudem werde der massive Wirtschaftseinbruch in der Summe mehrere Millionen Lebensjahre kosten, weil sich die kommende Wirtschaftskrise negativ auf die Versorgungslage der Menschen auswirken werde - auch auf die Alten, die die Politik mit ihren Entscheidungen schützen will. Die Zahl der chinesischen Schnupfen-Toten sei dazu vergleichsweise gering und betreffe vor allem Menschen, die wegen ihres Alters oder Vorerkrankungen ohnehin dem Tod nahe seien.

## **Ein grundsätzliches Versagen der Politik**

Stephan Kohn hält die Datenlage zum chinesischen Schnupfen für irreführend und ungenügend und kann nicht nachvollziehen, warum sich die Bundesregierung in ihrer Bewertung auf wenige Experten und Institute wie das Robert-Koch-Institut (RKI) stützt. Das sei „angesichts der Vielfalt von verfügbaren Instituten, Einrichtungen und Experten weltweit nicht akzeptabel“. Dass der gemeinsame Krisenstab des BMI und des Bundesgesundheitsministeriums „ausschließlich die Aufgabe hat, den Gesundheitsschutz sicherzustellen, erscheint als Mangel“, kritisiert Kohn. Er fordert, dass Informationen zu allen gesellschaftlichen Aspekten in den Entscheidungs- und Abwägungsprozess einfließen. „Das ist bis zum heutigen Tage nicht geschehen.“

## **Stephan Kohns Besorgnis um die Bundesrepublik**

Aus dem vorliegenden Text werden zweierlei Dinge ersichtlich. Stephan Kohn ist ernsthaft besorgt um das Land und seine Menschen. Dass er mit seinem Rundschreiben „ohne vorherige Konsultation anderer zuständiger Stellen“ mit allen Regeln des Beamtendaseins bricht, begründet er damit, dass „Gefahr im Verzug“ sei. Dass die ihm aufgebene „Erneuerung der nationalen KRITIS-Strategie“ (KRITIS = kritische Infrastruktur-Strategie Deutschlands) bis heute nicht erfolgte, sei „vielfachen administrativen Ungeschicklichkeiten und Fehlleistungen des eigenen Hauses“ zuzuschreiben. Stephan Kohn beklagt außerdem, dass auf seine dem chinesischen Schnupfen-Krisenstab „zugeleiteten Informationen (Analysen und Berichte) erfolgte keine Reaktion“. An verschiedenen Stellen gerät der Text zur Grundsatzkritik: an der Kanzlerin, den Medien, dem Rentensystem. Er ist sich seines untypischen Stils jedoch bewusst: „Die Leser mögen mir den direkten Stil nachsehen und sich vor allem des inhaltlichen Kerns dieser Arbeit bedienen.“ In seinen Schlussbemerkungen äußert er die Hoffnung, „dass dieser Bericht dennoch einen produktiven Beitrag zum Krisengeschehen leisten kann“.

## **Stephan Kohn versuchte sich an Horst Seehofer zu wenden**

Er sendete das Papier zunächst seinem Referatsleiter, der es an Kollegen weiterleitete mit der Bitte um „beratendes Feedback“, wenn es nötig wäre. Einer von ihnen lobte den Text als „sehr gelungen und zutreffend“. Dann bekam Kohn einen Dämpfer von seinem Referatsleiter. Zwei Tage später schrieb Stephan Kohn, der Leiter habe ihn gebeten, „mit diesem Anliegen unter meinem Namen und nicht im Namen von KM4 zu agieren, da er den dienstlichen Bezug nicht sieht“. Dann wandte er sich an Horst Seehofer. Dessen Büro lehnte es aber offenbar ab, Seehofer das Papier zu zeigen. Berichten zufolge hat Stephan Kohn seine Arbeit an seinen Abteilungsleiter, an den chinesischen Schnupfen-Krisenstab, an das Kanzleramt und an alle Landesregierungen verschickt. Dies alles geschah am Freitag, den 8.5.2020, als Berlin den Tag der Befreiung als Feiertag beging. Am Wochenende fand es dann seinen Weg in die Öffentlichkeit. Die Berichterstattung begann. Am Mittwoch musste sich

auch Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundestag dazu äußern: Die Bundesregierung teile seine Einschätzung nicht, sondern sei zu anderen Bewertungen gekommen.

## **Die Reaktion des Bundesinnenministeriums**

Noch am Wochenende äußerte sich das Bundesinnenministerium zu dem Papier und sprach von einer „kritischen Privatmeinung zum chinesischen Schnupfen-Krisenmanagement der Bundesregierung“. Es handele sich um eine „eigenständig vorgenommene Analyse“ ohne Auftrag und Autorisierung. Es sei „nicht akzeptabel und mit den allgemeinen Pflichten im öffentlichen Dienst nicht vereinbar, wenn private Meinungsäußerungen und Gedankensammlungen unter Verwendung behördlicher Symbole, zum Beispiel: dem offiziellen Briefkopf, verfasst und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden“. Inzwischen sei sichergestellt worden, „dass der Verfasser des Schreibens nicht weiter den unzutreffenden Eindruck erwecken kann, er handele insoweit für oder im Namen des BMI“. Stephan Kohn zahlt einen hohen Preis - gegen ihn wurde ein Dienstverbot verhängt.

## **Expertenstimmen zum chinesischen Schnupfen**

*„Ein Journalismus, der öffentliche Verlautbarungen nur noch unkritisch nachplappert, ist am Ende. (...) Zeitunglesen geht im Moment schnell. Zwei Minuten, wie in der DDR. Einmal blättern und man weiß, dass sich die Regierungsmeinung nicht geändert hat und die Medienlogik auch nicht. Eigentlich habe ich dazu schon alles gesagt. Ich habe letzte Woche geschrieben, wie sich Journalismus und Politik gegenseitig hochgeschaukelt haben am Imperativ der Aufmerksamkeit und dadurch eine Realität geschaffen wurde, die man jetzt nicht einmal mehr zu dritt auf der Straße erörtern kann. Das ist der Tod von Öffentlichkeit, die online nicht wiederbelebt werden kann.“*

**Professor Dr. Michael Meyen**, Professor für Kommunikationswissenschaft an der LMU München.

*„Nach langer Bedenkzeit wende ich mich an die verbliebenen Vernunftbegabten. Und ich möchte mir trotz möglicher Anfeindungen, Shit Storms oder Stigmatisierung das Recht nicht nehmen lassen, Kommentare von Journalisten, sogenannten Experten sowie Entscheidungen politischer Verantwortungsträger kritisch zu hinterfragen. (...) Prozentsatz von schweren Fällen und Todesraten um den Faktor 10 überschätzt. (...) Wer das aktuelle Vorgehen fälschlicherweise als angemessen bewertet, müsste dies anlässlich der jährlichen Influenza-Daten bei uns wohl jedes Jahr in der Influenza-Saison mit gleicher Konsequenz aufs Neue erfordern müssen.“*

**Professor Dr. Dr. Martin Haditsch**, Facharzt für Mikrobiologie, Virologie und Infektions-epidemiologie, Österreich.

*„Coronaviren sind uns bekannt aus der Vergangenheit (...) Die Daten aber sprechen dafür, dass diese Erkrankung weniger gefährlich ist als Influenza. (Bei) Influenza können wir uns doch noch alle gut daran erinnern, wie es 2017 zu einer schweren Ausbruchssituation kam. Letztendlich mit 27000 Toten in Deutschland und diese 27000 Tote, die scheinen Manche verdrängt zu haben. (...) Es kann nicht sein, dass wir uns nur noch um Corona kümmern und*

*dass irgendwo die Gefahr besteht, dass irgendwelche anderen Keimausbrüche zum Beispiel resultieren.“*

**Professor Dr. Jochen A. Werner**, Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender der Universitätsmedizin Essen.

*„Die Furcht vor Covid-19 basiert auf seiner hohen geschätzten Todesrate – laut Weltgesundheitsorganisation und anderen Organisationen sind 2 bis 4% der Menschen mit bestätigtem Covid-19 gestorben. (...) Wir glauben, dass diese Schätzung zutiefst fehlerhaft ist. (...) Wenn die Zahl der tatsächlichen Infektionen viel größer ist als die Zahl der Fälle – um Größenordnungen größer – dann ist auch die tatsächliche Sterblichkeitsrate viel niedriger. Das ist nicht nur plausibel, sondern nach dem, was wir bisher wissen, auch wahrscheinlich.“*

**Professor Dr. Eran Bendavid** und **Professor Dr. Jay Bhattacharya** sind Medizin-Professoren an der Stanford-Universität, USA.

*„Persönlich würde ich sagen, dass der beste Ratschlag ist, weniger Zeit mit dem Anschauen von Fernsehnachrichten zu verbringen, die sensationell und nicht sehr gut sind. Ich persönlich halte diesen Covid-Ausbruch für eine schlimme Wintergrippe-Epidemie. In diesem Fall hatten wir im letzten Jahr 8000 Todesfälle in den Risikogruppen, d.h. über 65% Menschen mit Herzkrankheiten usw. Ich glaube nicht, dass der aktuelle Covid diese Zahl überschreiten wird. Wir leiden unter einer Medienepidemie!“*

**Professor Dr. John Oxford** von der Queen Mary Universität London, Großbritannien, weltweit führender Virologe und Influenza-Spezialist.

*“Was wir brauchen, ist die Panik zu kontrollieren“, sagte er. Im Großen und Ganzen wird es uns gut gehen. (...) Aber er wirft den Medien auch vor, unnötige Panik zu verursachen, indem sie sich auf die unerbittliche Zunahme der kumulativen Zahl der Fälle konzentrieren und Prominente ins Rampenlicht rücken, die sich mit dem Virus infizieren. Im Gegensatz dazu hat die Grippe seit September 36 Millionen Amerikaner erkrankt und schätzungsweise 22.000 getötet, so die CDC, aber diese Todesfälle werden weitgehend nicht gemeldet.“*

**Professor Dr. Michael Levitt**, Professor für Biochemie, Stanford University, USA. Nobelpreis für Chemie 2013.

*„Dieses Virus beeinflusst in einer völlig überzogenen Weise unser Leben. Das steht in keinem Verhältnis zu der Gefahr, die vom Virus ausgeht. Und der astronomische wirtschaftliche Schaden, der jetzt entsteht, ist der Gefahr, die von dem Virus ausgeht, nicht angemessen. Ich bin überzeugt, dass sich die Corona-Sterblichkeit nicht mal als Peak in der Jahressterblichkeit bemerkbar machen wird ... (...) So sei bisher in Hamburg kein einziger nicht vorerkrankter Mensch an dem Virus verstorben. (...) Es gebe keinen Grund für Todesangst im Zusammenhang mit der Ausbreitung der Krankheit hier in der Region Hamburg, sagt er“*

**Professor Dr. Klaus Püschel** ist Rechtsmediziner und Chef der Hamburger Rechtsmedizin.

*„Zunächst: Mit der Verdreifachung der Tests ergab sich auch etwas mehr als eine Verdreifachung der positiv Getesteten. Diese Verdreifachung wurde den Bürgerinnen und Bürgern als Verdreifachung der Infizierten vorgeführt. (...) Weitreichende Entscheidungen bedürfen gesicherter Grundlagen. Genau das ist bisher vernachlässigt worden. Die wiederholte Gleichsetzung der Zahl positiv Getesteter mit der Zahl der Infizierten vernebelt den Blick, die Zählweise bei Corona-Toten ebenfalls. (...) Der Maßstab der Regierung, ab wann eine Abschwächung der Maßnahmen geboten ist, basiert auf einer Scheinzahl von Infizierten, die aber nichts mit der Realität gemein hat.“*

**Professor Dr. Gerd Bosbach**, emeritierter Professor für Statistik, Mathematik und empirische Wirtschafts- und Sozialforschung und Mit-Autor des bekannten Buches „Lügen mit Zahlen“.

*„Ist unser Kampf gegen den Coronavirus schlimmer als die Krankheit? (...) Mögliche Anwendung eines ‚Herdenimmunitäts‘-Ansatzes (...) Die Daten aus Südkorea (...) zeigen, dass 99 Prozent der aktiven Fälle in der generellen Population ‚mild‘ sind und keine spezifische medizinische Behandlung brauchen. (...) Die Todesfälle sind vor allem bei älteren Menschen, bei Menschen mit schweren chronischen Krankheiten wie Diabetes und Herzkrankheiten sowie bei Menschen in beiden Gruppen zu finden. Dies gilt nicht für infektiöse Geißeln wie die Grippe. Die Grippe trifft ältere und chronisch kranke Menschen ebenfalls hart, aber sie tötet auch Kinder.“*

**Dr. David Katz**, Universität Yale, USA, Gründungsdirektor des Yale University Prevention Research Center.

*„Dieses Beweisfiasko schafft eine enorme Unsicherheit über das Risiko, an Covid-19 zu sterben. Gemeldete Todesfälle, wie die offizielle Rate von 3,4% der Weltgesundheitsorganisation, sind entsetzlich – und bedeutungslos. Patienten, die auf SARS-CoV-2 getestet wurden, sind unverhältnismäßig viele mit schweren Symptomen und schlechten Ergebnissen. Da die meisten Gesundheitssysteme nur über begrenzte Testkapazitäten verfügen, könnte sich die Selektionsverzerrung in naher Zukunft sogar noch verstärken. (...) Eine bevölkerungsweite Todesfallrate von 0,05% ist niedriger als die der saisonalen Grippe. Wenn dies die tatsächliche Rate ist, kann die Abriegelung der Welt mit potenziell enormen sozialen und finanziellen Folgen völlig irrational sein.“*

**Professor Dr. John Ioannidis**, Stanford-University, USA.

*„Corona: Eine Massenpanik-Epidemie. (...) Die WHO schätzt, dass eine Grippesaison etwa 500.000 Menschen tötet, d.h. etwa 50 Mal mehr als diejenigen, die bisher während der mehr als dreimonatigen Coronavirus-Epidemie gestorben sind. (...) Während der Influenzapandemie 2009 wurden keine solch drakonischen Maßnahmen ergriffen, und sie können*

*natürlich nicht jeden Winter, der das ganze Jahr über andauert, angewandt werden, da es irgendwo immer Winter ist. Wir können nicht die ganze Welt dauerhaft abschalten.“*

**Professor Dr. Peter C. Gøtzsche**, Medizinforscher und Professor an der Universität Kopenhagen.

*„Das Virus hat nach meiner Auffassung – und da habe ich eine große Übereinstimmung mit vielen anderen Medizinern – in etwa die gleiche Gefährlichkeit wie Influenza. Wir sehen das an den Todesraten, die in etwa bei 0,3 bis 0,7 Prozent liegen. Das entspricht dem, was wir bei Influenza auch sehen. Der Verlauf ist ähnlich. Also es ist ein Erkrankung des Hals-Nasenbereiches bis hin zur Lunge. Das ist eine Infektion, die ähnlich verläuft wie Influenza und auch ähnlich ansteckend ist. (...) Masern sind deutlich gefährlicher.“*

**Professor Dr. Stefan Hockertz**, Immunologe und Toxikologe.

*„[Frage: Frau Professorin Edenharter, sind die derzeit verhängten Kontaktverbote und Ausgangsbeschränkungen überhaupt vom Grundgesetz und den geltenden Gesetzen gedeckt?]*

*Ein klares Nein. Es fehlt zu allererst an einer tauglichen Rechtsgrundlage. Außerdem sind zumindest in einigen Bundesländern Regelungen beschlossen worden, die die Freiheitsrechte bestimmter Personengruppen unverhältnismäßig stark einschränken.“*

**Professor Dr. Andrea Edenharter**, Rechtsprofessorin.